1 D 3417 D

türkei infodienst

Nr. 116 ERSCHEINT 14-TÄGIG 09. September 1985

Menschenrechte

a) HINRICHTUNGEN

Seit dem 12.09.1980 wurden in der Türkei 50 Menschen hingerichtet (darunter 27 politische Täter).

b) TODESSTRAFEN

Seit der Ausrufung des Kriegsrechtes in der Türkei Ende 1978 wurden 549 Todesstrafen verhängt.

c) ANTRÄGE AUF TODESSTRAFE

04.09.85 4 Linke in Diyarbakir

Seit dem 12.09.1980 wurde in 6.255 Fällen die Todesstrafe beantragt.

d) PROZESSE

Cumhuriyet vom 22.08.1985

Das Ilhan Erdost Verfahren steht vor dem Abschluß

Im Verfahren wegen des Todes des Verlegers Ilhan Erdost vor dem Militärgericht Nr. 1 in Ankara haben die Angeklagten ihre Schlußworte gehalten. Zwei Verteidiger beantragten dabei einen Freispruch für ihre Mandanten, da sie unschuldig seien. Nach dem Plädoyer des Verteidigers von dem Unteroffizier Sükrü Bag zog sich das Gericht zur Beratung zurück und verkündete die Fortführung des Verfahrens am 12. September, da die Überprüfung der Akten aufgrund der Änderung in der Kammerbesetzung eine Zeit in Anspruch nehmen werde.

Cumhuriyet vom 22.08.1985

Das TKEP Kurtulus Verfahren von Diyarbakir steht vor dem Abschluß

Im Verfahren gegen 18 Angeklagte der Organisation Kommunistische Arbeiterpartei der Türkei-Befreiung vor dem Militärgericht in Diyarbakir wurden die Schlußworte der Angeklagten aufgenommen. Der Angeklagte Ibrahim Akan sagte dabei, daß er schon zu einer Haftstrafe von 8 Jahren verurteilt worden sei und ihn in diesem Verfahrene ine noch höhere Strafe erwarte. Die Grundlage für seine Verurteilungen sei aber seine polizeiliche Aussage, von der jedermann wisse, wie sie aufgenommen worden sei. Im Namen der Menschheit klage er die Folter an. Ein weiterer Angeklagter vertrat die Meinung, daß die Angeklagten nicht nach dem § 168 sondern dem § 141 des türkischen Strafgesetzes angeklagt werden müssen.
Die Kammer zog sich daraufhin zur Beratung zurück und wird am 18. September 1985 das Urteil verkünden. Der Militärstaatsanwalt hat in diesem Verfahren Strafen zwischen 8 und 15 Jahren gefordert.

Cumhuriyet vom 22.08.1985

2. Urteil im Verfahren von ÜGD aus Usak

Das Verfahren gegen den idealistischen Jugendverein aus Usak wurde nach der Auflösung der Urteile durch den militärischen Kassationsgerichtshof erneut vor dem Militärgericht in Izmir durchgeführt. Von den 21 Angeklagten erhielten 16 eine Gesamtstrafe von 234 Jahren und 4 Monaten. Die Akten von 2 Angeklagten wurden abgetrennt und 3 Angeklagte wurden freigesprochen.

Cumhuriyet vom 23.08.1985

Am Feiertag werden die Besuchsverbote aufgehoben

An Feiertagen wird es in Zukunft kein Besuchsverbot mehr geben. Die Angehörigen eines Gefangenen aus dem Militärgefängnis Metris hatten sich an die Kriegsrechtskommandantur in Istanbul gewandt und der Rechtssekretär hatte daraufhin angeordnet, daß auch Personen, gegen die ein Besuchsverbot verhängt wurde, an Feiertagen und aus besonderen Anlässen Besuch empfangen dürfen. Darüber hinaus hat sich der Anwalt der im Zusammenhang mit dem Verfahren gegen die Friedensvereinigung inhaftierten Reha Isvan an die Kriegsrechtskommandantur gewandt und beantragt, daß sie auch Besuch durch ihren Schwiegersohn und den Schwiegervater empfangen darf. In dem Schreiben heißt es, daß Reha Isvan bisher keinen Besuch durch Schwiegersohn, Schwiegertochter und Schwiegervater empfangen durfte, obwohl nach den Vorschriften sogar Besuche von Verwandten 3. Grades möglich sein sollen.

Cumhuriyet vom 24.08.1985

Petitionsverfahren: Verteidigung geht weiter

Im Verfahren gegen 59 Angeklagte wegen der Petition der Intellektuellen wurden die Schlußworte von Prof. Dr. Gencay Gürsoy, Prof. Dr. Ilhan Tekeli und Dozent Dr. Nurkut Inan aufgenommen. Professor Tekeli legte eine 21-seitige Verteidigungsschrift vor. Hierin sagte er, daß die Unterzeichner der Petition nur ihre Pflicht getan hätten und diese Aufgabe weitergeführt werden müsse. Das Gericht könne deswegen nur mit einem Freispruch reagieren. Professor Gürsoy ging kurz auf die Ansprache des Staatspräsidenten ein, in der dieser auf die Vollstreckung der Todesstrafe angesprochen hatte. Er äußerte seinen Abscheu über die Worte, ob man diese Hunderte von Jugendlichen ein Leben lang füttern solle. Gleichzeitig erklärte er,

stolz zu sein, in einem solchen Verfahren angeklagt zu werden. Dozent Inan machte auf die legale Möglichkeit einer Petitionsstellung aufmerksam und meinte, daß die Militärstaatsanwaltschaft mit der Eröffnung eines solchen Verfahrens gegen die Vorschriften der Militärgerichtsbarkeit verstoßen habe. Mete Tuncay schließlich meinte, daß es die Aufgabe der Wissenschaftler sei, Gedanken zu entwickeln, die sie dann an die Bevölkerung weitergeben würden. Da sie mit der Petition nichts anderes gemacht hätten, seien sie im Innersten sehr ruhig.

Cumhuriyet vom 25.08.1985

Drei ehemalige CHP'ler wurden wieder freigelassen

Der Kandidat für das Senatorenamt im Namen der CHP bei den Wahlen im Jahre 1979, Sakir Keceli aus Yozgat, und weitere 2 Mitglieder der CHP wurden nun durch das Zivilgericht in Yozgat wieder auf freien Fuß gesetzt. Ihnen war vorgeworfen worden, einige illegale Organisationen angeleitet und geführt zu haben. Bei ihrer Freilassung ordnete der Richter auch die Untersuchung durch einen Arzt an, um ihren Gesundheitszustand zu überprüfen. Bei allen drei Angeklagten wurden Abschürfungen und andere Spuren entdeckt, die sie in der Zeit ihrer Polizeihaft erlitten hatten. Das Gesundheitsamt ordnete deswegen die Überweisung an die medizinische Fakultät von Kayseri an. Hier sollen die Ursachen genauer abgeklärt werden.

Cumhuriyet vom 26.08.1985

Der Film 'Memed mein Falke' wurde verboten

Der von Peter Ustinov nach der Romanvorlage von Yasar Kemal verfilmte Roman 'Ince Memed' (zur Deutsch: Memed, mein Falke) ist in der Türkei verboten worden. Wie der Produzent Fuat Kavur der englischen Zeitung 'The Observer' mitteilte, geschah dies ohne Angabe von Gründen. Auch der Einspruch gegen diese Entscheidung wurde einstimmung durch die Zensurkommission abgelehnt. Kavur teilte der Zeitung mit, daß dies gegen das Verständnis des Kemalismus verstoße und er bis zum Schluß versuchen werde, diesen Entschluß rückgängig zu machen.

Cumhuriyet vom 31.08.1985

Cem Karaca: Ich will keine Gnade, ich möchte meine Staatsbürgerschaft zurück

In einer Erklärung an unsere Zeitung hat Cem Karaca mitgeteilt, daß es ihm während des Besuches des Ministerpräsidenten Turgut Özal durch die Vermittlung von langjährigen Freunden gelungen sei, mit ihm in München zu sprechen. Dabei habe Özal ihm zugesagt, die legalen Möglichkeiten für eine Wiedereinbürgerung zu überpfüfen. Zu dem Hintergrund der Ausbürgerungsaktion sagte er:
"Ich habe im Jahre 1979 eine Tournee im Namen der Volksrevolutionären Föderation (der CHP nahestehend) durch Deutschland gemacht. Später habe ich mit Selda auch an der 1. Mai Kundgebung in München teilgenommen, auf der Willy Brandt eine Rede gehalten hat. Man hat mich dann bedrängt, auch etwas zu sagen. Ich habe durch das Megaphon gesagt 'es lebe die internationale Solidarität'. Sonst nichts. Später hat dann eine Zeitung einen Bericht veröffentlicht, daß ich geheime Pläne habe. Selda konnte sich damals sofort den Gerichten stellen und wurde auch freigesprochen. Ich habe nicht die Absicht, um politisches Asyl zu ersuchen. Dieses Recht ist so sehr mißbraucht worden, weil auch Leute hierher kamen, die wegen Schulden beim Krämer Asyl beantragten. Sie bahupteten dann, daß sie in ihrer Heimat verfolgt werden. Da ich vor meiner Heimat Achtung habe, möchte ich so etwas nicht tun."

Cumhuriyet vom 31.08.1985

Verschiedene Verfahren

Vor dem Militärgericht Nr. 1 in Ankara wird auf das Plädoyer des Militärstaatsanwalts im MHP-Verfahren gewartet. Das seit ca. 4 Jahren andauernde Verfahren wurde aus diesem Grunde für 3 Monaten unterbrochen und soll am 10. September fortgeführt werden. Falls der Militärstaatsanwalt sein Plädoyer an diesem Tage nicht beendet, wird das Verfahren erneut für einen Monat unterbrochen. In dem Verfahren sind 386 Personen angeklagt.
Vor dem gleichen Gericht werden am 9. September weitere Zeugen zu bestimmten Vorfällen im Zusammenhang mit dem Devrimci Yol Verfahren mit 707 Angeklagten vernommen. Das Verfahren dauert nun schon seit mehr als vier Jahren an.
Vor dem Militärgericht in Ankara wird der Prozeß gegen Bekir Celenk, der dem Papstattentäter Agca geholfen haben soll, am 18. September beginnen. Celenk, der vor einem Monat aus Bulgarien ausgeliefert wurde, wird im wesentlichen mit Schmuggelgeschäften beschuldigt.
Gegen den 'Mafia-Boß' Behcet Cantürk wird einmal am 10. September wegen Zusammenarbeit mit ASALA und dem Überfall auf den überdachten Bazar von Istanbul verhandelt. Wegen der Unterstützung der kurdischen Arbeiterpartei KIP wird dann am 19. September das Verfahren erneut aufgenommen werden.

Cumhuriyet vom 31.08.1985

9 Angeklagte erhielten Zuchthausstrafen

Vor dem Militärgericht Nr. 1 von Izmir ging das TDKP Verfahren von Usak-Izmir zu Ende. Die 9 Angeklagten wurden zu Haftstrafen von jeweils 6 Jahren und 8 Monaten verurteilt. Außerdem müssen sie nach verbüßter Haft für jeweils 2 Jahre und 2 Monate in verschiedenen Städten sich unter Polizeiaufsicht aufhalten.

Cumhuriyet vom 04.09.1985

Neues Verfahren mit 4 geforderten Todesstrafen

Vor dem Militärgericht Nr. 2 in Istanbul wurde ein Verfahren gegen 16 Angeklagte eröffnet. Ihnen wird vorgeworfen, die Vereinigung Befreiungsorganisation für die Türkei und Nordkurdistan gebildet und eine Bank ausgeraubt zu haben. Gegen 4 Angeklagte wurde die Todesstrafe beantragt und die übrigen Angeklagten sollen Strafen zwischen 7,5 und 24 Jahren Zuchthaus erhalten.

Cumhuriyet vom 04.09.1985

Das TEP-Verfahren

Im Verfahren gegen 36 Angeklagte der Arbeiterpartei der Türkei (TEP) vor dem Militärgericht Nr. 1 in Istanbul wurden die Schlußworte der Angeklagten aufgenommen. Die Angeklagten lehnten die Beschuldigungen der Anklageschrift ab. Der Anwalt Turgut Kazan machte darauf aufmerksam, daß die Partei schon vorher durch das Verfassungsgericht verboten worden sei und deswegen eine Anklage der Mandanten nicht möglich sei. Aus diesem

Grunde könne das Gericht entweder nur das Verfahren ablehnen oder aber einen Freispruch verkünden.

e) VERHAFTUNGEN, MORD ...

Tercüman vom 23.08.1985

Mord in Syrien

Der ehemalige Bürgermeister vom Kreis Kiziltepe in der Provinz Mardin, Abdurrahman Kahraman, wurde bei einem Besuch von Verwandten in Syrien nachts beim Schlafen auf dem Dach ermordet. Seine Gattin wurde schwer verletzt. Wie mitgeteilt wurde, handelt es sich hierbei um eine Blutrache.

Tercüman vom 24.08.1985

Kahraman wurde beerdigt

Der Tot des ehemaligen Bürgermeister von Kiziltepe hat eine 200-jährige Blutrache als Hintergrund. Niemand weiß heute mehr genau, aus welchem Grund der Streit zwischen den großen Stämmen Türk und Kahraman ausgebrochen ist. Im Zusammenhang mit dieser Fehde wurden 1975 schon einmal 15 Personen getötet. Darunter war auch der Stammesfürst und Abgeordnete der CHP, Abdürrahim Türk. Im Zusammenhang mit der politischen Polarisierung nahmen auch die Auseinandersetzungen an Heftigkeit zu. Die Sippe der Kahraman war AP orientiert, während die Sippe der Türk CHP orientiert war. Der Bruder des Stammesfürsten, Ahmet Türk, wurde schließlich Abgeordneter aus Mardin. Er wurde nach dem 12. September vor dem Militärgericht in Diyarbakir angeklagt, weil er mit der PKK zusammengearbeitet haben soll.

Cumhuriyet vom 24.08.1985

In Agri wurden 6 Angehörige einer separatistischen Bande gefaßt

Aufgrund der Aussage des am 20. August verletzt festgenommenen Feyyat Alkan wurden nun weitere 6 Angehörige einer separatistischen Bande festgenommen, die außerdem für drei Morde vor dem 12. September verantwortlich sind.

Cumhuriyet vom 24.08.1985

Der Mörder wurde inhaftiert

Der Mörder des Bürgermeister von Sarayköy, Ali Riza Kapancioglu und seinem Sohn Ömer Suha Kapancioglu, Hasan Kobal, wurde nach seiner ersten Vernehmung durch den Richter in Untersuchungshaft geschickt. Der Mörder gab an, die Tat aus Ehrenmotiven begangen zu haben. Wie mitgeteilt wurde, sei diese Aussage aber wenig glaubhaft und die Ermittlungen würden andauern.

Cumhuriyet vom 25.08.1985

Hinterhalt in Sirnak: Zwei Soldaten gefallen

Bei einer bewaffnete Auseinandersetzung im Kreis Sirnak wurden zwei unserer Soldaten durch Angehörige einer bewaffneten Bande getötet. Bei der Beerdigung heilt der stellvertretende Kriegsrechtskommandant Hasan Kundakci eine Rede, in der er sagte, daß das Ende der Räuber gekommen sei. Allein in den letzten Tagen hätten sich aufgrund der intensiven Operationen 12 Terroristen den Sicherheitskräften gestellt.

Cumhuriyet vom 26.08.1985

Verhaftungen in Bursa

Bei Operationen, die in den letzten zwei Monaten in Bursa durchgeführt wurden, sind 20 Personen verhaftet worden, die einer zerstörerischen, separatistischen und radikalen linken Organisationen angehören. Sie sollen im Namen der Organisationen verschiedene Aktionen durchgeführt haben und für Aktionen in Tunceli verantwortlich sein. Man habe sie in Istanbul gesucht, aber in Bursa verhaftet.

Cumhuriyet vom 02.09.1985

Mord von Sarayköy

Der Provinzvorsitzende der SODEP für Denizli, der Anwalt Adnan Keskin, hat mitgeteilt, daß die Ermittlungsarbeiten wegen des Mordes von Sarayköy sehr oberflächlich geführt würden. Man habe einfach die 9 freien Tage abgewartet und zugelassen, daß der Mörder im Gefängnis neue Geschichten erfindet.

Cumhuriyet vom 04.09.1985

Maßnahmen gegen Piratensender

Der Polizeipräsident von Istanbul, Saffet Arikan, hat angekündigt, daß weitere Maßnahmen gegen Piratensendungen unternommen werden. Die Ermittlungen im Zusammenhang mit diesen Sendungen seien praktisch abgeschlossen und man müsse in den nächsten Tagen mit mehreren Festnahmen rechnen. Der Polizeipräsident kündigte außerdem an, daß für die Verhaftung der Piratensender die neuesten technischen Möglichkeiten genutzt werden.

Demokratisierung

Cumhuriyet vom 22.08.1985

Ugur Mumcu: Kommunistische Verwandte ! ...

Es heißt, daß bei Bediensteten im öffentlichen Dienst auch überprüft wird, ob die Verwandten einer kommunitischen Vereinigung angehören oder nicht. Da kann es dann passieren, daß ein Jugendlicher nach abgechlossenem Studium abgelehnt wird, weil sein Onkel einmal wegen des Versuches, einen religiösen Staat zu gründen, verurteilt worden ist. Wenn dann noch der Sohn dieses Onkel ein linker Militanter ist, was antürlich daran zu erkennen ist, daß einmal vor dem 12. September ein Bild von ihm in der Zeitung erschienen ist, auf dem er einen Parka trägt, dann hat der Kandidat erst recht keine Chance.
Wie seltsam doch, daß niemand weiß, daß es selbst in einer Familie unterschiedliche politische Anschauungen gibt. Wie will man außerdem die ideologische Ausrichtung kontrollieren. Vermutlich stellt man das durch die Befragung der Nachbarn an und wenn dort dann jemand sagt, daß eine Person nichts Gutes über das Regime denkt, dann ist es wieder nichts mit einem Posten im öffentlichen Dienst.

Das ist ja fast so, als wenn man bei einer Heirat die Vermutung äußert, daß hier eine Vereinigung zur Errichtung der Gewaltherrschaft einer Klasse über eine andere errichtet werden soll. Nun, wollen wir den Gedanken nicht weiter ausführen, sonst könnten meine Verwandten auch noch in Schwierigkeiten kommen.

Cumhuriyet vom 23.08.1985

Der Innenminister Akbulut: manche Lehrer werden durch MIT überprüft

Im Zusammenhang mit der Sicherheitsüberprüfung von Beamten hat der Innenminister Yildirim Akbulut unserer Zeitung ein Interview gegeben. Das Problem war aufgetreten, nachdem 2 Abgeordnete der HP, Halil Ibrahim Sahin und Baris Can einen Besuch beim Innenminister abgestattet hatten und sich dabei über die große Dauer der Ermittlungen beschwert hatten.
In dem Gespräch sagte der Minister, daß es zu Verzögerungen kommen könne, weil nicht alle Ermittlungen durch das Innenministerium selber vorgenommen würden. Dabei solle es sich je nach dem Grad der Geheimhaltung, bzw. des Grades der Sicherheit bei der Besetzung einer Position um verschiedene Überprüfungsmechanismen handeln. Diese Überprüfungen würden dann durch den Geheimdienst MIT vorgenommen. In der Regel reiche es aus, wenn das Ministerium in die Kartei schaue und feststelle, ob jemand vorbestraft sei oder nicht. Manchmal aber müsse eine Anfrage an die örtliche Behörde gerichtet werden. Auch das dauere nicht länger als 2-3 Monate. In der Regel würden die Ermittlungen bei den Lehrern durch das Ministerium durchgeführt. Einige Lehrer würden aber auch durch MIT überprüft werden. Ob es wirklich zu einer Dauer von 10 Monaten gekommen sei, wisse er nicht. Ausserdem würden diese Probleme in der Öffentlichkeit immer übertrieben.

Cumhuriyet vom 25.08.1985

Akbulut: Teilt mir den Polizisten mit, der jemanden schlägt

Als Antwort auf die Vorwürfe von Folter auf den Polizeiwachen und bei Untersuchungsgefangenen hat der Innenminister Yildirim Akbulut gesagt, daß sein Ministerium keine Folter dulde. Sollte jemals ein Fall von Mißhandlung gemeldet werden, so werde gleich eine Untersuchung angeordnet. Er könne aber nicht die Freilassung von bestimmten Gefangenen anordnen, wie das in einer Reihe von bestellten Briefen gefordert werde.
Nach der Verabschiedung des neuen Polizeigesetzes seien bei ihm aber noch keine Beschwerden eingegangen. Man könne bei diesem Gesetz nicht davon sprechen, daß die Kompetenzen der Polizei erweitert würden. Sollte es dennoch zu Überschreitungen bei der Polizei kommen, so sei dies die Tat eines einzelnen Polizisten, die man nicht gleich der Institution anlasten könne. Man könne sich jederzeit bei ihm beschweren, wenn er nicht genügend Druck für die Aufklärung von Foltervorwürfen mache.

Cumhuriyet vom 25.08.1985

10 Jahre weniger Haft

Nach der gemeinsamen Sitzung von Mitgliedern der HP und SODEP als Amnestiekommission wurde eine Erklärung veröffentlicht. Darin heißt, daß man beschlossen hat, dem Gesetzesentwurf den Namen 'Gesetzesentwurf für Amnestie und gesellschaftlichen Frieden' zu geben. Des weiteren wurde bekundet, daß das Verbot des Artikels 14 der Verfassung nicht bedeute, daß Straftaten, die vor der Verabschiedung der Verfassung begangen worden seien, nicht amnestiert werden könnten. Damit könnte eine große Zahl der politischen Straftäter ebenfalls durch eine Amnestie erfaßt werden. Die Vorstellungen der HP und SODEP bei einer Amnestie laufen darauf hinaus, daß für die Zeit vor dem 8.8. 1985 Todesstrafen in 30-jährige Haftstrafen, lebenslängliche Haftstrafen in 24-jährige Haftstrafen und die übrigen Haftstrafen um jeweils 10 Jahre reduziert werden sollen.

Tercüman vom 29.08.1985

Der Osten wartet auf 98 Ärzte und 2782 Hebammen

In einer statistischen Überprüfung des Ministeriums für Gesundheit und Soziale Hilfe wurde festgestellt, daß die Verhältnisse im Osten des Landes katastrophal sind. So gibt es in 2125 von 2326 Gesundheitshäusern und in 276 von 637 Gesundheitsstationen keinen Strom. Bei vielen dieser Einrichtungen gibt es ebenfalls kein Wasser, keine Straßen oder einen motorisierten Untersatz. In der Provinz Agri gibt es nur in einer der 126 Gesundheitsstationen Wasser. In 54 Gesundheitshäusern der Provinz Bingöl gibt es kein Wasser und 49 haben keine Straße. Von den 87 Gesundheitshäusern der Provinz Bitlis hat keines Strom oder Telefon.
Außerdem fehlen in der Rehion 98 Ärzte und 2782 Hebammen.

Cumhuriyet vom 01.09.1985

Angstvolles Warten bei YÖK

Für 122 Dekane und 7360 Angehörige des Lehrkörpers an den Universitäten hat ein angstvolles Warten begonnen. Ihre Dienstzeit war zu Ende gegangen und wenn ihre Verträge nicht bis Ende September verlängert worden sind, dann gelten sie als entlassen.
Aufgrund der Feiertage hat sich die Auswwahl der Dekane verzögert. Den Rektoren der Universitäten war aufgegeben worden, jeweils die dreifache Anzahl an Kanidaten bei dem Hochschulrat YÖK mitzuteilen. Die Frist hierfür wurde nun bis zum 4.9. verlängert. Dann wird YÖK unter den Kandidaten nach einer entspchenden Überprüfung auswählen und die Entscheidung bis Ende September mitteilen.

Cumhuriyet vom 02.09.1985

Eldem: Der Amnestieentwurf ist fertig

Der Gesetzesentwurf für eine Amnestie ist nach Mitteilung des Justizministeriums so weit fertiggestellt, daß er noch diesen Mittwoch dem Kabinett übergeben werden kann. Wie Justizminister Necat Eldem mitteilte, könne derzeit noch nichts über den Umfang einer Amnstie gemacht werden. Das sei eine Frage der politischen Entscheidung. Es ist aber zu vermuten, daß doe 'politischen Taten' nicht unter die Amnestie fallen sollen. Dadurch wurden dann 66.966 von 69.914 Untersuchungs- und Strafgefangenen in den Genuß der Amnestie kommen. In der Türkei befinden sich 2.948 'Politische' in Untersuchungs- oder Strafhaft. Es wird allerdings diskutiert, ob die Zahlen des Justizministeriums an diesem Puknt zuverlässig sind.

Cumhuriyet vom 02.09.1985

3. Legislaturperiode eröffnet: Warnungen von Evren

Mit einer 20-minütigen Rede wurde die 3. Legislaturperiode der Großen Nationalversammlung der Türkei

gestern um 15 Uhr durch den Staatspräsidenten Kenan Evren eröffnet. Evren äußerte seine Hoffnung, daß die Parlamentarier auch in der neuen Periode ihre Aufgabe ohne Kämpfe erfüllen werden und die Opposition sinnvoll auf die Regierung einwirke, diese wiederum der Opposition zuhöre. In seiner Rede ging er dann noch auf verschiedene Aspekte der aktuellen Politik ein:
"Wir wissen, wie teuer das Verständnis einer schweigenden Türkei anstelle einer redenden Türkei uns zu stehen gekommen ist. Aber heute reden selbst jene, die zu schweigen haben. ... Die Presse kann trotz bestehenden Kriegsrechts in Ruhe seine Stimme erheben. Personen und Einrichtungen können im Rahmen der bestehenden Gesetze sich frei äußern und auf den Plätzen versammeln. Wer sich an der Diskussion beteiligt, ob es in der Türkei Demokratie gebe oder nicht, der muß gut bewerten, welche Folgen das haben kann.
... Alle Nationen, die sich eine demokratische Herrschaft gegeben haben, haben dem einige Prinzipien zugrundegelegt und dem dann einige Besonderheiten des Landes hinzugefügt. ... Die Staaten, die nicht auf uns hören wollten, als wir sie auf das Problem des Terrorismus ansprachen, treten nun mit dem gleichen Problem am uns heran. Allerdings besteht keine Möglichkeit, daß dieses Laster entfernt wird, wenn Personen, die an terroristischen Aktivitäten beteiligt waren, im Ausland als politische Asylanten behandelt werde. ...
Ich möchte nun in Bezug auf die Amnestie einige persönliche Ansichten äußern:
Amnestie ist ganz sicherlich ein menschlicher Zug. Aber wenn man jemanden amnestiert, so muß auch an die Gegenseite denken. Häufige Amnestie ermuntert die Täter. Ich hege die Gewißheit, daß die Parlamentarier nicht auf die Scharfmacher im In- und Ausland hören wird, die fordern, daß auch Verbrechen gegen den Staat nach Artikel 14 unserer Verfassung amnestiert werden sollen. ...
Dann gibt es noch Personen, die alles daran setzen, die Verfassung auszuhöhlen. Sie treten zunächst mit sehr natürlichen Forderungen auf und wollen z.B. nur den Artikel 15 der Übergangsbestimmungen aufheben. Haben sie das aber erst einmal geschafft, so haben sie ein Loch in die Verfassung geschlagen und werden versuchen, dies auszuweiten. Einige europäische Parlamentarier versuchen hier uns zu belehren. Sie sagen, ändert die Verfassung und wir nehmen Euch auf. Ihrer Meinung nach sollen wir die Todesstrafe aufheben. Was aber ist mit den 5.500 Getöteten und ihren Hinterbliebenen? Sie werden vergessen werden und ihren Mördern sollen wir sagen, macht das aber nicht noch einmal und sie dann wieder laufen lassen, damit sie draußen dann wieder die gleichen Taten begehen können? Vielleicht mag ich an diesem Punkt sehr eng und streng denken. Sollte das so sein, so kann man eine Volksbefragung durchführen und die Bevölkerung wird mit ihrem guten Verstand, den sie immer bewiesen hat, die richtige Entscheidung treffen."

Zum Schluß seiner Ausführungen ging der Staatspräsident noch auf das Zivilgesetz und das türkische Strafgesetz ein. Beide Gesetze sollen in der kommenden Legislaturperiode geändert werden. Das Strafgesetz hat dabei von seiner ersten Fassung im Jahre 1926 bis heute 36 Veränderungen erfahren, bedarf aber wiederum einer Überarbeitung.

Tercüman vom 03.09.1985

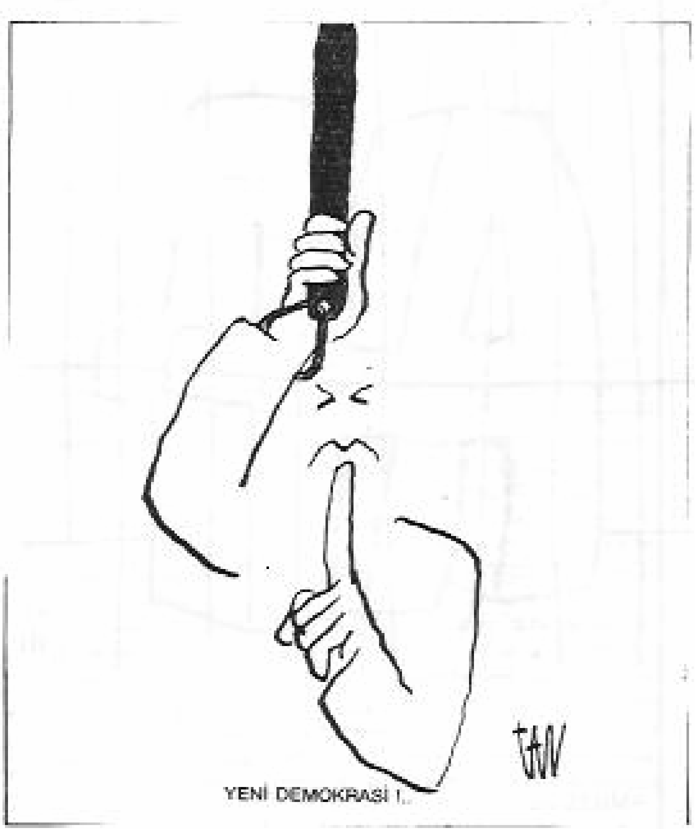
Die Amnestie ist auf Oktober vertagt

Staatspräsident Kenan Evren hat die 3. Legislaturperiode der 17. parlamentarischen Phase eröffnet. Die Sitzung wurde durch den ältesten Parlamentarier Turgut Kunter geleitet. Danach vertagte sich das Parlament auf den 11. September. An diesem Tage sollen die neuen Parlamentspräsidenten gewählt werden. Die ANAP will wieder Necmettin Karaduman vorschlagen.
Die wichtigsten Entscheidungen der nächsten Zeit werden das Amnestiegesetz und die Geschäftsordnung des Parlamentes sein. Der Gesetzesentwurf zur Amnestie wird dem Kabinett übergeben und von dort an den Rechtsausschuß weitergeleitet werden. Dieser Ausschuß hatte in der Vergangenheit alle Entwürfe verabschiedet, mit Ausnahme der 59 Akten auf Hinrichtung. Wie in Erfahrung gebracht wurde, haben die HP und MDP die Amnestie inszwischen auf die erste Stelle ihrer Tagesordnung gesetzt.

Cumhuriyet vom 03.09.1985

Evren: Angeklagte sind ohne Verteidigung

Aus Anlaß der Eröffnung des neuen Gerichtsjahres hat der Vorsitzende der Anwaltskammer der Türkei, Teoman Evren, eine Pressemitteilung veröffentlicht. Hierin spricht er von ehrenverletzenden Verfahren gegen Anwaltskollegen, die aus den Gerichtssälen verwiesen werden, ohne eine legale Möglichkeit des Einspruches dagegen zu haben. Dieses Verhalten zeige sich vor allem vor Militär- und Staatssicherheitsgerichten. Wenn dann auch noch viele Kollegen unter Anklage gestellt würden, so gebe das doch zu denken, sagte Evren.
Evren stellte auch fest, daß der Ausschluß der Verteidigung bei den polizeilichen Ermittlungen das Gleichgewicht von Anklage und Verteidigung erheblich störe. Der Angeklagte werde über einen sehr langen Zeitraum lediglich Beschuldigungen ausgesetzt, ohne sich mit einem Verteidiger in Verbindung setzen zu können. In dieser Zeit komme es auch verstärkt zu Folterungen und


YENİ DEMOKRASİ !..

Neue Demokratie ! ..

bei den dann aufgenommenen Geständnissen sei es später kaum möglich, Fehler zu korrigieren. Außerdem werde ein Anwalt, der einen Verdächtigen unter starker Beschuldigung verteidige deswegen auch noch angefeindet.

Cumhuriyet vom 04.09.1985

Die Regierung trifft sich wegen Amnestie

Das Kabinett wird heute unter dem Vorsitz von Turgut Özal zusammentreten und sich mit dem Gesetzesentwurf für eine Amnestie auseinandersetzen. Justizminister Eldem gab in diesem Zusammenhang an, daß durch den Staatspräsidenten Kenan Evren der Rahmen für eine Amnestie abgesteckt worden sei. Dem sei nichts hinzuzufügen. Auf der anderen Seite versucht man, die Prinzipien weiterhin geheim zu halten. Das Ministerium wollte auch keine Mitteilung darüber machen, ob es im Gesetz zum Strafvollzug eine Änderung geben werde oder nicht. Es wird damit gerechnet, daß die Beratungen in der Vollversammlung im Oktober beginnen werden.
Derzeit sind noch 3.182 Personen aufgrund von Verfahren vor den Militärgerichten in Untersuchungshaft. Dort liegen noch 1407 Akten für eine Entscheidung vor. Durch die Amnestiekommission der HP und SODEP wurden unterdessen weitere Punkte in die Diskussion eingebracht. Einige dieser Punkte sind:

* Artikel 14 bezieht sich auf Verurteilte. wegen könnten Angeklagte aus schwebenden Verfahren amnestiert werden.
* Durch das Reuegesetz wurden politische Täter amnestiert. Amnestie ist also nicht grundsätzlich unmöglich.
* Die Taten von Linken werden als Vergehen gegen den Staat angesehen, die von Rechten als kriminelle Handlungen. Das führt zu Ungerechtigkeiten.
* Sollte die 'Politischen' ausgeschlossen bleiben, so kommen hauptsächlich Mörder und Diebe in den Genuß der Amnestie. Das ist in einer solchen Zeit sehr bedenklich.



AMNESTIE

Cumhuriyet vom 04.09.1985

Sicherheitsüberprüfung für 123 Dekane

Mit der Beendigung der Dienstperiode für 123 Dekane mußten nun durch die Rektoren insgesamt 369 Kandidaten dem Hochschulrat YÖK mitgeteilt werden. Diese Kandidaten werden nun einer Sicherheitsüberprüfung unterzogen und danach trifft YÖK seine Auswahl.

Cumhuriyet vom 05.09.1985

Antwort von Demirel an Evren

In Bezug auf die Rede des Staatspräsidenten Kenan Evren am 01.09.1985 anläßlich der Eröffnung der Großen Nationalversammlung der Türkei hat Süleyman Demirel nun eine Presseerklärung abgegeben, in der er u.a. kritisiert, daß der Staatspräsident in seiner Rede selber über Schuld und Unschuld entscheidet. Er beklagt sich darüber, daß bestimmte Punkte derzeit nicht diskutiert werden können und es nur bestimmten Personen vorbehalten sei, sich dazu zu äußern. Verbunden damit ist der Vorschlag auch solche Punkte der allgemeinen Diskussion zugänglich zu machen und die dazu existierenden Verbote aufzuheben. Hier nun die Erklärung von Süleyman Demirel im vollen Wortlaut (tid präsentiert allerdings Auszüge):
"Die Rede von Staatsprsäident Kenan Evren anläßlich der Eröffnung der Großen Nationalversammlung der Türkei am 01. September 1985 hat in den Medien und der Presse zu verschiedenen Kommentaren und Analysen geführt, die am 2., 3. und 4. September 1985 zu lesen waren. ...
Hierbei wurde die Ausdrucksweise des werten Evren, 'er wolle anstelle einer redenden Türkei eine schweigende Türkei' und'jene, die schweigen müßten, reden jeden Tag' von der Presse als gegen mich gewandt interpretiert.
Diese Ausdrucksweise bringt klar zum Ausdruck, daß es in der Türkei Menschen gibt, die schweigen müssen und Menschen gibt, die reden müssen.
Dabei macht die Verfassung der türkischen Republik keinen Unterschied der Bürger nach solchen, die schweigen sollen und solchen die reden sollen, d.h. nach den Gesetzen der türkischen Republik kann nicht davon die Rede sein, daß für einen Teil der Bürger alles erlaubt ist und für andere Bürger alles verboten ist.
Selbst unter dem heutigen Regime sind die Bürger der türkischen Republik nicht nach erster, zweiter Klasse oder als Untergebene und Herren, oder Priviligierte und Nicht-Priviligierte, oder Sprechende und Stumme unterschieden. Im Gegenteil nach Artikel 10 der Verfassung sind alle Bürger vor dem Gesetz gleich.
Es gibt unter dem heutigen Regime einige Verbote. Die existieren aber für alle. ... Es ist falsch zu glauben, daß die Türkei Ansehen dadurch erwirbt, daß man einigen Personen alles erlaubt und anderen alles verbietet. Dabei hat es für die Türkei in der heutigen Situation nur dazu geführt, daß das Regime ständig diskutiert wird.
Sollte Evren mit seinen Worten gemeint haben, daß für einige alles erlaubt und für andere alles verboten ist, so hat er damit gegen den Artikel 103 der Verfassung von 1982 verstoßen. Denn nach diesem Artikel schört der werte Evren, daß er die Autorität der Justiz und Gerichtsbarkeit anerkennt und sich neutral verhalten werde. ...
Es gibt Orte, an denen Zorn und Wut keinen Platz haben. Dabei ist die Position des werten Evren führend.
... Die Türkei wird schließlich und endlich frei und demokratisch sein.

Da die Türkei ein verfassungsmäßiger und Rechtsstaat ist, ist es auch nicht möglich, Schuldige und Unschuldige durch Ansprachen zu bestimmen. Wer auch immer und wo auch immer diese Ansprache gehalten wird, das ist nicht möglich.
Schuld und Schuldige werden durch gesetzliche Einrihtungen bestimmt.
Der werte Evren hat mit seiner Rede vom 01. September 1985 sowohl die Rechte der Bürger geschmälert, als auch den Fehler begangen, Schuld und Schuldige zu bestimmen. Dabei hat er den ersten Absatz des § 1 des Gesetzes mit der Nummer 2969 verletzt. Durch dieses Gesetz ist es jedermann verboten, die Zeit vor dem 12. September 1980 zu diskutieren.
Ich möchte im Augenblick nicht den gleichen Fehler machen. Aus diesem Grunde werde ich jetzt nicht in die Diskussuin eingreifen. Aber ich kann die Worte 'die Demokratie und eine redende Türkei war der Grund für Anarchie und Terror und das kam dem Land teuer zu stehen' in keiner Weise akzeptieren. Sollte das richtig sein, so müßte die schweigende Türkei immer außerhalb von Demokratie stehen.
... Die Personen, die Anarchie und Terror betrieben und von anderen haben durchführen lassen, sind bekannt und es liegt offen auf der Hand, was zu machen ist. Es ist dabei von Schaden so zu tun tun, als gebe man denen Recht, die die Straftat begangen haben und als wolle man die Schuld der Demokratie und einige Stellen aufbürden.
Ich habe Schwierigkeiten zu verstehen, warum man die Vergehen und die Schuldigen einer Zeit, die wir alle zusammen durchlebt haben und in der wir alle zusammen unsere Aufgaben erfüllten, auf die Seite zu schieben und ein Thema zu diskutieren, daß sie selber verboten haben.
In der tausendjährigen Menschheitsgeschichte wurden die Menschen nicht angeklagt oder verurteilt, ohne Gelegenheit gehabt zu haben, sich zu verteidigen.
Sollten die Herrschenden des Landes ein Interesse daran haben, daß einige Punkte diskutiert werden, dann sollten sie nicht einseitige Stellungnahmen und Beschuldigungen abgeben, sondern die Vebote aufheben und akzeptieren, daß diese Diskussion vor aller Augen und unter der Richterschaft der Nation durchgeführt wird. Die Wahrheit wird erst dann ans Tageslicht kommen.
Die Heimat und die Nation kann nichts dadurch gewinnen, daß diejenigen, die die Macht des Staates in der Hand haben, in Zorn und Wut verfallen und ihre Kraft aus ungerechten Anwendungen und parteiischem Verhalten ziehen. Schließlich ist der Staat nicht auf Ungerechtigkeit sondern auf Gerechtigkeit aufgebaut."

Anm.: Dies ist das erste Mal, daß eine solch scharfe Pressemitteilung in der Türkei veröffentlicht werden durfte. Demirel ist damit der Erste, der öffentlich Kenan Evren anklagt. Kritik war in den Tagen davor schon in verschiedenen Kolumnen zu lesen aber auch Zustimmung (z.B. zum Referandum zur Todesstrafe). Es ist derzeit ungewiß, wie diese Kraftprobe ausgeht. Özal hat sich -wie in vielen anderen Fällen- zunächst einmal aus der Affäre herausgehalten. Seine Kraftprobe mit Demirel hatte darin bestanden, daß bei seiner Ankunft aus den USA ein noch größerer Autokonvoi ihn erwartete als Demirel bei seiner Rückkehr aus dem Urlaub nach Ankara (100-300 Autos).
Obwohl nicht zu verkennen ist, daß die Auseinandersetzung direkt auf der Ebene der staatlichen Macht ausgefochten wird, kommt einer solchen Auseinandersetzung dennoch große Bedeutung zu, denn es sind nur zwei Entscheidungen möglich: entweder die Verbote weiter zu lockern oder aber in aller Schärfe zu reagieren und damit auch international gesehen weiter an Ansehen zu verlieren. Mit anderen Worten hat Demirel wieder einmal bewiesen, wie gut er seine Karten ausreizen kann. Gleichzeitig hat sich wieder einmal gezeigt, daß die liberale Rechte im Kampf um die Demokratie derzeit militanter ist als die Sozialdemokraten.

Wirtschaft

Cumhuriyet vom 30.08.1985

Die Staatsbetriebe werden Stück für Stück verkauft

Bei den Arbeiten des staatlichen Planungsamtes für den Verkauf der Staatsbetriebe wird berücksichtigt, daß das Kapital des Privatsektors für den Aufkauf der Betriebe nicht ausreicht. Deswegen ist daran gedacht, diesen Verkauf in kleinen Einheiten zu realisieren. Wenn man bedenkt, daß die Kapitalanlage der Sümerbank, an deren Verkauf zuerst gedacht wird, allein Jahre 1985 18 Mlliarden TL betragen, dann wird erklärlich warum man die ihr angeschlossenen Betriebe einzeln verkaufen möchte. Wie bekannt, wird die Planung der Übergabe an den Privatsektor unter Anleitung des US-Unternehmens Morgan Guarantee Trust durchgeführt.

Cumhuriyet vom 31.08.1985

Die türkischen Investitionen in Deutschland haben 25% des deutschen Kapitals in der Türkei erreicht

Wie aus einer Mitteilung der türkischen Botschaft in der Bundesrepublik Deutschland hervorgeht, haben die Investitionen in der Bundesrepublik im Jahre 1984 eine Höhe von 46,1 Millionen DM erreicht. Demgegenüber stehen deutsche Investitionen in der Türkei in Höhe von 199,4 Millionen DM. Da bedeutet gleichzeitig eine Steigerung um 15,5%.

Cumhuriyet vom 01.09.1985

Veteuerung am Feiertag: 4,8%

Die Haushaltskosten für eine vierköpfige Familie haben im Monat August die Höhe von 74.660 TL erreicht. Das bedeute einen Zuwachs von 3420 TL oder um 4,8% in einem Monat. Zu beobachten war dabei, daß Oliven, Tee, Brot, Eier und Joghurt im Preis anzogen, während bei Fleisch und Olivenöl die Preise gleich blieben.

Cumhuriyet vom 03.09.1985

Die Hoffnung sind schon am ersten Tag ins Wasser gefallen

Nach der ersten Sitzung des Ausschusses für die Neufestsetzung des Mindestlohnes steht schon fest, daß die Hoffnungen auf die Erhaltung der realen Kaufkraft nicht werden erfüllt werden können. Arbeitgeber- und Regierungskseite beharren darauf, einen einzelnen Arbeiter und nicht eine ihm angeschlossene Familie als Grundlage zu nehmen. Des weiteren zeigen die Zahlen der Gewerkschaften wie utopisch ein solcher Mindestlohn ist.
Eine Gewerkschaft hat errechnet, daß ein Arbeiter mit Mindestlohn und vierköpfiger Familie schon nach 5,5 Tagen seinen Lohn aufgebraucht haben muß. Geht man aber auch nur von einem einzelnen Arbeiter aus und legt zugrunde, daß 1978 der Mindestlohn noch eine gewisse Kaufkraft darstellt, so müßte der Mindestlohn von heute mindestens das Doppelte betragen.

TÜRKEI–INFODIENST der alternativen türkeihilfe
c/o Michael Helweg, Postfach 7088, 4900 Herford

Postvertriebsstück 1 D 3417 D Gebühr bezahlt

VERWENDETE PUBLIKATIONEN

Der Zensurmechanismus in der Türkei (informelle und Selbstzensur) hat die ideologischen Unterschiede der Zeitungen verwischt. Dennoch gibt es Differenzen, die sich in tendenziöser Berichterstattung oder kommentierenden Kolumnen wiederspiegeln. Wenn auch in begrenztem Ausmaße, so übersetzen wie derartige Artikel zur Illustrierung der Meinungen in den türkischen Medien. Eine globale Einordnung der von uns ausgewerteten Presseorgane ergibt folgendes Bild:

Cumhuriyet	Türkeiausgabe, liberal
Tercüman	Deutschlandausgabe, konservativ
Milliyet, Hürriyet	Deutschlandausgabe, Regenbogenpresse, erstere etwas ernsthafter
Nokta	Wochenmagazin, türkische 'Spiegel'
WDR IV	40-minütige 'Gastarbeiter'sendung, täglich

I M P R E S S U M
TÜRKEI–INFODIENST DER ALTERNATIVEN TÜRKEIHILFE
V.i.S.d.P. und Verleger: Michael Helweg, Postfach 70 88, 4900 Herford
Einzelpreis: 1,50 DM
Abonnement: 6 Monate: 20,- DM; 1 Jahr: 40,- DM
Kündigungsfrist: Spätestens 4 Wochen vor Ablauf des Abos. Wird das Abo nicht gekündigt, so verlängert es sich automatisch um den vereinbarten Zeitraum
Zahlungen nur nach Erhalt einer Rechnung auf eines der folgenden Konten:
Michael Helweg, Postscheckamt Hannover, Nr. 3981 01 - 304, BLZ: 250 100 30
Alternative Türkeihilfe, Kreissparkasse Herford - Bünde, Nr. 1 000 008 613, BLZ: 494 501 20
Der Türkei - Infodienst erscheint 14-tägig